

Zur Lage des Deutschtums in Rumänien

—

Vortrag vor der Gesetzlosen Gesellschaft im Wrangelschlößchen Berlin-Steglitz

Prof. Dr. Konrad Merkel

5.11.1982

Der Bitte, in die Bresche zu springen und den abligaten Vortrag zu unserem traditionellen Jahresessen erneut beizutragen, komme ich gerne nach, ohne allerdings damit etwa präjudizieren zu wollen, daß nun ein für alle mal von dem in unserer Gesellschaft – bei all ihrer gesetzlosen Liberalität – überkommenen Brauch abgegangen wird, diese Vortragsbeiträge in erster Linie den jeweils in unseren Kreis neu hinzugekommenen Mitgliedern – sozusagen als deren zu leistenden Einstand – vorzubehalten.

Wenn ich das mir vorgeschlagene Thema aufgreife und versuche, Ihnen – in aller gebotenen Kürze – ein Bild von der Daseinslage des Deutschtums im heutigen Rumänien zu zeichnen, dann möchte ich vorab bemerken, daß das was ich ausführen werde, nicht auf dem Felde meines wissenschaftlichen Arbeitsgebietes gewachsen ist und somit nicht den Anspruch erheben kann, Ergebnis einer nach allen methodischen Regeln tiefeschürfenden Analyse zu sein.

Mein besonderer Bezug zu diesem Thema gründet sich schlicht darauf, daß ich gebürtiger Siebenbürgen-Deutscher bin und im ersten Drittel meines Lebens mein zu Hause in Rumänien hatte, wo ich als Angehöriger der deutschen Minderheit mancherlei Prägungen empfangen habe, nicht zuletzt wohl die einer starken und engen Beziehung und Bindung zu diesem auslandsdeutschen Volksstamm, der nunmehr auf eine über 800-jährige Geschichte zurückblickt.

Insofern liegt es für mich nahe, den beobachtenden Blick laufend auf die Vorgänge in der angestammten Heimat zu richten und die Fakten zu registrieren, die sich im Zeitverlauf vollziehen, wenn es darum geht, ohne alle Illusionen, zu einer sachlich-nüchternen Erkenntnis und zu einer realistischen, kritischen Einschätzung der Lage der heute in Rumänien lebenden Volksdeutschen zu gelangen. Ich erwähne das angesichts mancher unrealistischer Beurteilungen in unseren westdeutschen Massenmedien, die ungewollt oder gewollt, auf mangelnden Durchblick zurückzuführen sind, was im wesentlichen auch mit der für den Kommunismus charakteristischen propagandistischen Verschleierungspolitik zu tun hat.

Unter diesen Umständen stößt es hier im Kreise der Gesetzlosen vielleicht auf einiges Interesse, wie ein in ihren Reihen stehender Siebenbürgen-Deutscher die heutige Schicksalslage der noch in Rumänien lebenden deutschen Bevölkerungsgruppen sieht und beurteilt.

Diese Frage hat erst jüngst, durch den Rumänien-Besuch unseres Bundespräsidenten, größere öffentliche Aufmerksamkeit erweckt. Die Umstände, die dem Besuch vorausgegangen waren – der Bundespräsident hatte beharrlich auf der Kontaktaufnahme mit der deutschen Bevölkerung in Rumänien bestanden –, dazu die Meldungen über gewisse Taktlosigkeiten der Bukarester Gastgeber während des Besuchsablaufs, alles das belebte bei uns das Öffentlichkeitsinteresse und veranlaßte Presse, Funk und Fernsehen, sich ausgiebiger als jemals seit Ende des 2. Weltkrieges mit der Frage der Zukunft der beiden Gruppen dieser auslandsdeutschen Sprachinsel zu befassen: den Siebenbürger Sachsen und den Banater Schwaben.

Wie stellt sich nun konkret deren Situation dar?

Orientiert man sich fürs erste an einigen wenigen Zahlen, dann wird uns das auch schon erschwert, weil die jährlichen Ausgaben des Statistischen Jahrbuchs von Rumänien, das »Anuarul Statistic al Republicii Socialiste Romania«, in ihrem bevölkerungsstatistischen Teil, keinerlei Angaben über die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung nach einzelnen Nationalitäten enthalten. Das hängt ganz ohne Zweifel damit zusammen, daß sich das kommunistische Rumänien als sozialistischer Nationalstaat versteht und dies damit bekundet, daß durch die herbeigeführten sozialistischen Produktionsverhältnisse und das einheitliche zentrale Wirtschaftssystem auch die Grundlagen für eine gesellschaftliche und politische Einheit des Staatsvolkes geschaffen seien. Auf diesen, für die hier vorzunehmende Lagebeurteilung wesentlichen Aspekt, durch den sich der rumänisch sozialistische Nationalstaat beispielsweise vom benachbarten föderativ strukturierten multinationalen Jugoslawien unterscheidet, komme ich noch zurück.

Geht man den in der Literatur verstreuten statistischen Informationsquellen nach, so darf als gesichert gelten, daß, bei einer Gesamtbevölkerung von rd. 22 Mill. Menschen, in der Sozialistischen Republik Rumänien derzeit, d. h. Anfang 1982, nurmehr knapp 300.000 Deutsche leben. Fünf Jahre zuvor, bei der im Januar 1977 letzten allgemeinen Volkszählung, wurden noch rund 359.000 Deutsche registriert, davon 170.000 im Banat, 163.000 in Siebenbürgen und die restlichen 26.000 in verschiedenen anderen Landesteilen mit dem Schwerpunkt Bukarest.

Die Differenz zwischen Anfang 1982 und Anfang 1977 ist darauf zurückzuführen, daß in den letzten fünf Jahren, von 1977 bis 1981, fast 62.000 Deutsche auf eigenen Wunsch, nach z. T. jahrelangen Antrags- und Wartezeiten, aus Rumänien in die Bundesrepublik Deutschland, zum geringen Teil nach Österreich, übergesiedelt sind.

Nimmt man die gesamte Nachkriegszeit, so betragen die jährlichen Auswanderungsquoten in den Jahren

in den Jahren	1950 – 1959	durchschnittlich	345 Personen,
in den Jahren	1960 – 1969	durchschnittlich	1.629 Personen,
in den Jahren	1950 – 1959	durchschnittlich	7.142 Personen,
im Jahre	1980		15.771 Personen,
und	1981	rd.	12.000 Personen,

Im gesamten Zeitraum der Jahre 1950 bis 1981 haben fast 120.000 Deutsche Rumänien verlassen.

Für die Deutschen in Siebenbürgen wurde das Jahr 1981 zu einem besonderen Markierungsstein in ihrer Geschichte. Seither gibt es mehr Siebenbürgen-Deutsche in den Ländern des Westens als in Siebenbürgen selber. Rund 140.000 von ihnen leben noch im Südosten, mehr als 150.000 dagegen in der westlichen Welt. Nicht viel anders verhält es sich bei den zahlenmäßig von jeher

um einiges stärkeren Banater Schwaben: heute leben noch ungefähr 160.000 Deutsche im Banat und fast 150.000 Banater Schwaben sind im Westen ansässig.

Dieser Einschnitt im Dasein der Deutschen in Rumänien spiegelt eine Entwicklung wider, deren Auswirkungen auf die Existenzmöglichkeit beider Volksgruppen heute deutlicher ins Auge springt als bisher: denn nun stellt sich auch von der Zahl die Frage nach dem Bestand und Überleben der Zurückbleibenden. Was nämlich, so lautet der wesentliche Teil dieser Frage, was geschieht mit den schrumpfenden Gruppen in einem Staat, dessen erklärte Absicht, die kulturelle und biologische Assimilierung der nationalen Minderheiten ist?

Ceauşescu selbst hat die assimilatorische Zielsetzung der Bukarester Minderheitenpolitik unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, als er 1972 auf der Landeskonferenz der rumänischen KP, lt. Scînteia vom 21.7.1972, voraussagte: »Die spezifischen Merkmale der mitwohnenden Nationalitäten werden noch einige Zeit erhalten bleiben, dann jedoch im Zuge der fortschreitenden gesellschaftlichen und nationalen Homogenisierung unserer sozialistischen Nation mehr und mehr verschwinden.«

Nationale Homogenisierung ist hier als Synonym für Rumänisierung zu verstehen. Die nationalstaatliche Grundformel »Ein Staat, eine Nation!« soll im Wege der Aufsaugung der ethnischen Minderheiten – nicht allein der Deutschen – verwirklicht werden.

Bekanntlich hat Lenin dem von ihm erstrebten sozialistischen Staats-, Gesellschafts- und Kultursystem aufgetragen, dass es zwar »in der Form national, im Inhalt jedoch sozialistisch« sein müsse. Die sozialistische Republik Rumänien befolgt diesen Auftrag gewissenhaft gegenüber den nationalen Minderheiten, denen sie laut Ceauşescu den Geist »rückschrittlicher nationalistischer Anschauungen« auszutreiben bemüht ist, während sie für die eigene Nation den Primat des Nationalen in Anspruch nimmt und die nicht rumänischen Bevölkerungsteile als schließlich zu assimilierende, in ihren spezifischen Eigenarten mehr und mehr verkümmerte historische Relikte betrachtet.

Aus Budapest hat sich die rumänische Parteiführung 1978 im Laufe einer heftigen öffentlichen Kontroverse den Vorwurf machen lassen müssen, dass sie die »Zwangsassimilierung der in Rumänien lebenden nationalen Minderheiten« betreibt wobei sie den Marxismus-Leninismus ebenso mißachte wie die Menschenrechte und Grundfreiheiten. So zu lesen im ungarischen Organ »Magyar Nemzet« vom 1.1.1978.

Sicherlich war dieser Vorwurf polemisch überspitzt und vor allem auch sachlich unvollständig: Denn die Rumänisierung der ethnischen Minderheiten, – unter denen die magyarische mit über 1,7 Millionen (nach Budapester Version »über 2 Millionen«) die größte ist, – hat ihre Ursachen weniger in den von den Ungarn behaupteten Zwangsmaßnahmen, als vielmehr im sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem selbst, dessen Integrations- und Assimilationszog alle Staatsbürger »ohne Unterschied der Nationalität« umfaßt und wie in einem Schmelztiegel »homogenisiert«. Mit anderen Worten: »die sozialistischen Produktionsverhältnisse«, in denen selbstverständlich das Rumänische als Berufs- und Kommunikationssprache absolut dominiert, garantieren am ehesten die Umwelt- und Milieuanpassung der nichtrumänischen »Werk tätigen« und damit ihre »Homogenisierung«, d. h. ihre schließliche sprachlich-mentale Rumänisierung.

Daß dem so ist, findet interessanterweise nun wiederum aus Ungarn seine Bestätigung. Das Budapester ZK-Organ »Népszabadság« vom 6.10.1968 äußert sich in gewiß kompetenter Kenntnis der Sachlage. Das sozialistische Produktions- und Gesellschaftssystem aber, so heißt es in

jener parteioffiziellen Aussage über »Die Lage unserer Nationalitäten«, »nationale Scheidewände niedergerissen und nationale Absonderungen sinnlos gemacht«. Der »zähe Bindestoff des nationalen Partikularismus« sei durch die »gemeinsamen sozialistischen Interessen aufgelöst« worden. In den Kolchosen und Industriebetrieben vollziehe sich die fortschreitende Verschmelzung der Werktätigen unterschiedlicher Nationalität zunächst in sprachlicher Hinsicht, dann aber auch im Zuge einer ebenfalls fortschreitenden bewußtseinsmäßigen Assimilation, wobei sich die Minorität in die Majorität einfügt.

Die »Budapester Rundschau« ergänzte diese Feststellungen in einer der deutschen Minderheit in Ungarn gewidmeten Artikelserie des Jahres 1970 mit dem Zusatz: »Eine nationalitätenfeindliche Politik wäre erfreut angesichts der Auswirkungen all dieser objektiven Tendenzen, die mit unaufhaltsamer Kraft die Assimilierung der Nationalitäten bewirken«.

Die Assimilation der ethnischen Minderheiten in sozialistischen Nationalstaaten als systemimmanenter Prozesses wird damit in ihren Kausalitäten zur Genüge deutlich gemacht – nicht von ideologischen Gegnern des Marxismus-Leninismus, sondern vom ZK-Organ der ungarischen KP, was dem Eingeständnis der systembedingten Assimilationswirkung sein besonderes Gewicht verleiht. Und so muss man bei der Beurteilung der ethnisch-sprachlich-kulturellen Überlebenschancen des Deutschtums in Rumänien gerade diesem Aspekt besondere Aufmerksamkeit widmen. Er ist von ausschlaggebender Bedeutung und erklärt am eindrucklichsten den geradezu verzweifelten Wunsch der Mehrheit der Rumäniendeutschen, sich dem nationalen Untergang durch Aussiedlung zu entziehen.

Am stärksten der Assimilation ausgesetzt sind die aus dem 1945 total entgeeigneten deutschen Bauerntum hervorgegangenen, in die Vorstädte der Industrieorte abgewanderten Arbeiter. Ihr Anteil an der Sozialstruktur der deutschen Minderheit dürfte heute bei 65 vH liegen, vor 1945 lag dieser Anteil bei 2 bis 3 vH!

Bis zur Agrarreform des Jahres 1945 waren die Deutschen Rumäniens ein Volk von selbstständigen Bauern, etwa 70 vH waren landwirtschaftliche Berufszugehörige. Selbstständige Bauern, selbstständige Handwerker, Kaufleute und Intellektuelle hatten zusammen einen Anteil von ungefähr 85 vH an der Sozialstruktur.

Durch die Etablierung des Kommunismus in Rumänien wurde innerhalb kurzer Zeit aus der deutschen Bevölkerungsgruppe eine Gruppe von Unselbständigen. Früher auf einem breiten bäuerlichen Sockel aufgebaut, besteht heute der Unterbau der Rumäniendeutschen aus einer amorphen proletarischen Masse. Zugleich ist die Intelligenzschicht durch überproportional starke Auswanderung stark zusammen geschrumpft. Zwar gibt es einen Akademikernachwuchs, aber er kommt ausschließlich von rumänischen Hochschulen, während die früheren Akademikergenerationen ganz überwiegend an Universitäten und Hochschulen in Deutschland und in Österreich studierten. Die Folgen liegen auf der Hand: die in Bukarest, Jassy und Klausenburg herangebildete Intelligenzschicht ist in Sprache und Geist rumänisch geprägt, Ehen mit rumänischen Partnern sind zunehmend häufiger. Gleiches gilt für die immer breitere Arbeiterschaft und erst recht für deren Nachwuchs, der am Arbeitsplatz und in den Lehrlingsschulen eine ausschließlich rumänische Ausbildung erhält und der deutschen Muttersprache immer entfremdet wird. Am ehesten bewahrt sich das Deutschtum noch in den dörflichen Gemeinschaften, obgleich auch die Kolchose mit ihrer in der Regel überwiegenden rumänischen Majorität als Schmelztiegel wirken.

Die vom Staat auf die Verkündung des Evangeliums eingeeengte Kirche, die einst als Volkskirche und autonomer Träger des deutschsprachigen Schulwesens eine wichtige volkstümmerhaltende Funktion ausübte, kann dem Assimilationsprozesses und sie herum kaum noch entgegenwirken.

Früher war Deutsch die Heim-, Schul- und Berufssprache, das Rumänische diente (wie vor 1918 das Madjarische) nur der Verständigung nach außen. Heute ist es aus dem Berufsleben zu Gunsten des Rumänischen verschwunden und im schulischen Unterricht auf immer weniger Fächer reduziert. Da im Familien- und Freundesbereich die Mundart überwiegt, die »siebenbürgisch-sächsische« und die »schwäbische«, ist das Deutsche auch als Heimsprache nur bedingt vorherrschend. Kennzeichnet ist, dass selbst in den Gremien des »Rates der Werktätigen deutscher Nationalität« fast nur rumänisch gesprochen wird.

Als vorgebliche »Repräsentativorgane« der »mitwohnenden Nationalitäten« wurden im Spätsommer 1968, nach der Besetzung der CSSR, sogenannte »Werktätigen Räte« gegründet. Als »Hauptpflicht« der »Werktätigen Räte« bezeichnete Ceaușescu »die Erziehungsarbeit im Dienste des sozialistischen Patriotismus und Internationalismus ... gegen rückschrittliche nationalistische Anschauungen«.

Die wenigen im heutigen Rumänien noch erscheinenden deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften sind nicht, wie bundesdeutsche Besucher in vordergründiger Verkennung der Sachlage oft meinen, Sprachrohr der deutschen Minderheit, sondern genau umgekehrt, auf die deutsche Minderheit gerichtete Organe der Partei, zugleich auch Schaustücke der von ihr betriebenen »positiv-konstruktiven« Minderheitenpolitik. Das von der Partei bzw. vom Staat geschaffene und unterhaltene deutschsprachige Pressewesen darf keinesfalls als ein deutsches Pressewesen, wie es vor 1944/45 existierte, verkannt werden – und doch geschieht dies nicht selten durch leichtgläubige Außenstehende! Und noch weniger sollten die deutschen Publikationsorgane als authentische Informationsquellen über die tatsächliche Lage der deutschen Minderheit herangezogen werden – sie widerspiegeln nichts weniger als deren reale Situation.

Das ist in wenigen Umrissen skizziert die Lage, und sie wird durch schönfärberische oder zweckoptimistische Umdeutungsversuche nicht besser. Wer nur den täuschenden Vordergrund sieht: die deutschsprachigen Schulen und Parallelklassen, die Zeitungen, Bücher, Kultur- und Folkloregruppen, ohne die strategischen Zielsetzungen der »Homogenisierungspolitik« und – vor allem – den »geräuschlosen« Assimilationseffekt des sozialökonomischen Systems zu erkennen, der wird die Aussichtslosigkeit der Lage nicht erfassen.

Er wird auch einen Vorgang nicht wahrnehmen, dessen symptomatische Bedeutung sich nur dem Tieferblickenden offenbart: die »Enteignung der Geschichte«. Alle historischen und kulturhistorischen Leistungen der deutschen Minderheit, insbesondere der Siebenbürger Sachsen, wurden der rumänischen Geschichte rückwirkend einverleibt. Diese Enteignung der Geschichte, die den materiellen und kulturellen Enteignungen gefolgt ist, stützt sich auf eine frappierende, aus rumänischer Sicht »logische These«, nämlich: der innerkarpatische Raum war schon seit der dako-romanischen Zeit als »Wiege des rumänischen Volkes« ur-rumänisches Land, ungeachtet der Tatsache, dass dieser Raum bis 1918 dem ungarischen Königreich bzw. der Habsburger Monarchie angehörte, also unter fremder Herrschaft stand. Auf diesem »ur-rumänischen Volksboden« haben sich im 12. Jahrhundert die Siebenbürger Sachsen, im 17./18. Jahrhundert die Banater und Satmarer Schwaben angesiedelt und unbestreitbar bedeutsame koloniesatorische und kulturhistorische Leistungen vollbracht, gewiss zwar als deutsche »Minderheit«, als solche aber dennoch in ihrer

Umweltwirkung integrale Faktoren der aufstrebenden rumänischen Nations- und Kulturgeschichte dieses Raumes, zu deren »Entfaltung« sie als »entwickelte Kulturkörper« indirekt, aber auch direkt »wertvolle Beiträge«, modern würde man sagen »Entwicklungshilfe« leisteten. Und nun ist die Geschichts- und Kulturerbe im »gemeinsamen Vaterland«, der »Sozialistischen Republik Rumänien«, aufgegangen.

Diese geschichtsideologische These in der rumänischen Parteiführung und der von ihr »inspirierten« rumänischen Historiker rechtfertigten auch, dass geschichtliche Baudenkmäler in Siebenbürgen so u. a. die Kronstädter Schwarze Kirche, die Hermannstädter Wehrtürme u. v. a. m. – ausländischen Besuchern mit gutem Gewissen als Zeugnisse der »rumänischen« Geschichte vorgeführt werden. Die Auskunftstafel an den Wehrtürmen nennen – und zwar allein in rumänischer Sprache – das jeweiligen Baujahr wie auch die jeweilige Zunft, die den Turm errichtete und im Kriegsfall verteidigte. Die Daten sind sehr genau, es fehlt nur der kleine Hinweis, dass es sich um Deutsche Zünfte deutscher Städte gehandelt hat. So glaubt denn der historisch unkundige Ausländer, dass er in der Tat den eindrucksvollen Zeugnissen eines bereits im 15./16. Jahrhundert hoch entwickelten rumänischen Zunftwesens und Stadtbürgertums gegenübersteht, was ihm ja wohl auch suggeriert werden soll.

Dass die deutschen Städte- und Dorfnamen heute verboten sind, der Vergessenheit anheim fallen sollen, liegt auf der gleichen Linie.

Angesichts dieser Entwicklung nimmt es nicht Wunder, dass von den derzeit noch knapp 300.000 Deutschen in Rumänien – nach gesicherten Erkenntnissen, u. a. denen des DRK – etwa 80 – 90 vH ihre Aussiedlung in die Bundesrepublik herbeiwünschen und z.T. schon aktiv betreiben. Der wahre Grund der Aussiedlungsbewegung ist, wie Umfragen des Allensbacher Instituts für Demoskopie ergeben haben, dass die Deutschen in Rumänien für sich und ihre Nachkommen auf die Dauer keine Aussicht mehr sehen, Deutsche zu bleiben. Zwar spielen, als Folge der permanenten Versorgungskrise und des niedrigen Lebensstandards vielfach auch materielle Gründe eine Rolle – die Hoffnung auf ein besseres, sorgenfreieres Leben in Deutschland –, jedoch überwiegt bei weitem der Wunsch nach Bewahrung der eigenen nationalen Identität.

Niemand bedauert diese Entwicklung schmerzlicher als die Betroffenen selbst, die mit ihrer angestammten Heimat eine jahrhundertelange Geschichte und deren eindrucksvolle Kulturleistungen aufzugeben gezwungen sind. Doch sie haben keine andere Wahl, wollen sie sich dem zunehmend auf sie einwirkenden Assimilationssog dem vor allem die Nachwuchsgeneration ausgesetzt ist, durch die Rückkehr in ihre deutsche »Urheimat« entziehen.

Wenn westdeutsche Journalisten, Politiker und Diplomaten in Verkennung der tatsächlichen Sachlage, oft auch unter dem irreführenden Einfluss von Gesprächen mit Funktionären, die Ansicht vertreten, dass die deutsche Volksgruppe -, die es im Sinne einer körperschaftlich organisierten ethnischen-kulturellen Gemeinschaft seit 1944/45 ja überhaupt nicht mehr gibt – »als traditionsreicher deutscher Kulturposten sich nicht aufgeben« dürfe, dann erscheint das dem Betroffenen als eine geradezu unbegreifliche Realitätsblindheit. Dass evangelische Kirchenleute in Siebenbürgen und erst recht die von der Partei eingesetzten Funktionäre Durchhalteparolen verkünden, häufig mit dem Argument, man habe unter anderem auch die Türkenzeit überstanden, wird ihnen, weil sie sich offiziell nicht anderes äußern dürfen, achselzuckend nachgesehen. Die Gefährdungen, denen diese Deutschen heute ausgesetzt sind, unterscheiden sich allerdings in allem von den geschichtlichen Gefährdungen, denen sie jemals ausgesetzt waren. Gegen die fortschreitende Assimilation durch das rumänische Volkstum, gegen die Umwandlung in Industriearbeiter von

einst freien Bauern, die in der neuen Gesellschaftsordnung ihrem Landbesitz verloren, gibt es keine Mauern und Bogen wie seinerzeit gegen die Türkenheere. Auch können die Betroffenen nicht verstehen, dass Deutschland Wirtschaftsflüchtlingen und Scheinasylanten aus der halben Welt offen ist, ihnen aber verschlossen bleiben soll.

Das ist die Lage: die Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen und im Banat ist in ihr letztes Stadium eingetreten. Historisch ist nicht mehr umkehrbar, was sich vollzogen hat, selbst dann nicht, wenn ein grundlegender Wandel der politischen Verhältnisse stattfindet, was nach Lage der Dinge von niemandem ernsthaft erwartet werden kann.

Nun kommt es nur noch darauf an, den Überlebenden dieser Geschichte aus ihrer notvollen Lage heraus zu helfen. Sie haben im Namen der Menschenrechte, die auf der KSZE Konferenz in Helsinki auch von Rumänien mit unterzeichnet wurden, darauf an den elementaren Anspruch, dem Geltung zu verschaffen nicht zuletzt auch Sache der Deutschen Bundesregierung sein sollte.